

**Ausschuss zur Akteneinsicht zum Vorgang „Bebauungsplan Karlsruher Straße-Süd“  
und den hierauf gestützten Abwasserbescheiden**

– **Abschlussbericht**

---

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Die Verwaltung teile hierzu als Tischvorlage zur Sitzung Folgendes mit:

„Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung am 25.06.2008, R. Pr. Nr. 65, den Akteneinsichtsausschuss zum Vorgang „Bebauungsplan Karlsruher Straße-Süd“ und den hierauf gestützten Abwasserbescheiden gebildet.

Als Ausschussmitglieder wurden für die CDU-Fraktion Herr Stadtrat Foss, für die FE-Fraktion Herr Stadtrat Rebmann, für die SPD-Fraktion Frau Stadträtin Hofmeister, für die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen Frau Stadträtin Saebel und für die Gruppe Freie Wähler Frau Stadträtin Lumppp benannt. Die FDP hat auf ihren Sitz verzichtet. Teilgenommen an den Sitzungen am 08.07.2008 und 15.07.2008 haben Frau Oberbürgermeisterin Büssemaker als Vorsitzende und die Stadträtinnen und Stadträte Foss, Rebmann, Hofmeister und Lumppp.

Berichterstatter im Gemeinderat ist der Antragsteller.

Der Akteneinsichtsausschuss stellt nach Einsicht der Akten und umfangreicher Befragung der Verwaltung einstimmig Folgendes fest:

- Die Verwaltung hat in den schriftlichen Unterlagen den Gemeinderat umfänglich über die Auswirkungen des Bebauungsplanes informiert. Die Verwaltung hat keine Angaben zu einer Wertsteigerung oder Wertminderung der Grundstücke gemacht, da sie nicht Bestandteil des Bebauungsplanes sind.
- Die Verwaltung hat den Bebauungsplan erstellt, ohne Ansehen der Person der Eigentümer oder eines eventuellen Investors.
- Die Verwaltung hat in der schriftlichen Vorlage sowie in den Anlagen zur Vorlage im Grünordnungsplan die Festsetzungen definiert. Ausgleichsflächen nach dem Grünordnungsplan bestehen nicht.
- Die Verwaltung hat in den Sitzungen mündlich darauf hingewiesen, dass zur Vermeidung von einstweiligen Verfügungen von Anliegern oder Angrenzern des Kreisels der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan erfolgen muss, damit der Kiesel am Lauerturm gebaut werden kann.
- Die Verwaltung hat das gesetzlich vorgesehene Bebauungsplanverfahren nochmals erläutert und dem Akteneinsichtsausschuss den ordnungsgemäßen Ablauf nachgewiesen.
- Die sukzessive Erstellung und der Versand der Abwasserbescheide entsprachen den Verwaltungsvorschriften.

Fazit:

Der Ausschuss stellt fest, dass die Sachbearbeitung in allen Punkten ordnungsgemäß erfolgt ist, auch in Übereinstimmung mit dem üblichen Verwaltungshandeln. Der Ausschuss hält es zukünftig für geboten, alle Bescheide, ein Quartier betreffend, gleichzeitig zu versenden, um den Anschein einer Ungleichbehandlung zu vermeiden.

Der Vorwurf der angeblichen Begünstigung des Investors konnte ausgeräumt werden, da die seit 2003 der Verwaltung bekannten Pläne des Eigentümers dem Gemeinderat in den Sitzungen jeweils durch die Verwaltung präsentiert worden sind.

Der Wunsch des Akteneinsichtsausschusses besteht darin, dass die Vorlagen zu Bebauungsplänen zukünftig dialektisch aufbereitet werden.“

- - -

Oberbürgermeisterin Büsse weist darauf hin, dass dieser Bericht nochmals in den Gemeinderat am 10. September 2008 komme. Sie bittet Herrn Stadtrat Foss um Vorstellung des Berichts, der zur heutigen Sitzung auch als Tischvorlage ausgelegt sei.

Stadtrat Foss liest den Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses vor.

Stadtrat Fey lässt wissen, dass er den Bericht mit Erleichterung zur Kenntnis nehme, die CDU-Fraktion sich jedoch vorbehalten, die Abwassersatzung dahingehend überprüfen zu lassen, ob die entsprechende Gebühr bei Änderung des Bebauungsplans oder erst bei einer tatsächlichen baulichen Änderung fällig werden sollte.

Stadtrat Rebm berichtet, dass der Sachverhalt zeige, dass der Versuch, ein bebautes Gebiet mit einem Bebauungsplan zu überplanen, nur Ärger mit sich bringe und dies ein Hinweis an alle sein sollte, die über die Innenstadt einen Bebauungsplan legen wollen. Er führt weiter aus, dass der Ausschuss die Verwaltung in diesem Bericht auffordere, bei Bebauungsplänen künftig eine dialektische Aufbereitung vorzulegen. Dies bedeute eine Gegenüberstellung von Argumenten in einer Matrix. Er betont, dass die Verwaltung das Verfahren korrekt durchgeführt habe.

Stadtrat Lor informiert, dass die Sensibilität der Bevölkerung immer größer werde und eine politische Psychologie, was die Betroffenen angehe, nötig sei.

Stadtrat Si unterrichtet, dass er kein anderes Ergebnis erwartet und die Verwaltung korrekt gehandelt habe.

Stadträtin Lumpp bestätigt, dass auch sie dieses Ergebnis erwartet habe, sie jedoch bezweifeln, dass der Akteneinsichtsausschuss das richtige Mittel sei, um die Probleme anzugehen. Auch sie betont, dass das Verfahren rechtlich richtig verlaufen sei. Sie verweist auf einen Presseartikel in der heutigen Ausgabe der BNN und dass die Anwohner beklagen, dass es künftig weniger Parkmöglichkeiten auf der Pforzheimer Straße geben werde. Ihrer Meinung nach müsse sich das Gremium mehr Zeit nehmen, um über bestimmte Angelegenheiten länger zu diskutieren und sensibler mit den Vorlagen umzugehen.

Stadtrat Künzel gibt zu verstehen, dass die FDP nicht auf ihren Sitz verzichtet, sondern diesen der CDU-Fraktion zur Verfügung gestellt habe. Er betont, dass die FDP nicht generell auf ihren Sitz bei solchen Ausschüssen verzichten würden. Er vertritt die Auffassung, dass der Anschein der Ungleichbehandlung politisch initiiert worden wäre und er sich frage, ob der Gemeinderat noch zur Verwaltung stehe. Er weist darauf hin, dass offene Fragen oder Sachverhalte durch den direkten Kontakt mit der Verwaltung oft schnell geklärt werden könnten. Er bezieht sich auf die Aussage von Stadtrat Rebm und dass es ein anderes Thema sei, ob Bebauungspläne für ein bereits bebautes Gebiet erstellt werden sollten.

- - -